

Streik-Info

Freitag, 05. Mai 2006, 56. Streiktag
www.uni-duesseldorf.de/verdiUKD

Tag des Parlaments Tacheles vor dem Landtag und am Streik-Zelt

Der 55igste Streik-Tag war ein "Tag des Parlaments". Nach der Verteilung des Offenen Briefes vor den Zugängen zum Landtag, standen drei Volksvertreter der SPD am Streik-Zelt Rede und Antwort.



Zu Besuch kamen die Abgeordneten Rainer Schmelzer, Günter Gabrecht und Heike Gebhard. Alle drei sind Mitglieder des Ausschusses für Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Eins muss man den drei Abgeordneten lassen, sie hatten Zeit zum Diskutieren mitgebracht. Das war auch dringend nötig, denn eine inhaltliche Auseinandersetzung war überfällig. Uns interessiert: Wann wird der Streik zu einem Thema im Parlament? Wahr-

scheinlich gar nicht. Die Geschäftsordnung des Landtages liesse eine Aktuelle Stunde im Plenum zu dem Streik nicht zu, erklärte Rainer Schmelzer.

Allerdings wollen die Abgeordneten sich dafür stark machen, dass Streik und die Blockade der Verhandlungen auf die Tagesordnung der entsprechenden Ausschüsse kommen.

Alllasten

Probleme hatten die Abgeordneten bei dem Versuch zu erklären, warum beim Rechtsformwechsel 2001 kein Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Damals gab es noch eine SPD-Grüne Landesregierung. Darauf haben die Streikenden immer wieder hingewiesen. Die Abgeordneten können nicht darauf verweisen an dem derzeitigen tariflosen Zustand und dem Streik sei nur die CDU-FDP-Regierung schuld. Die Parlamentarier wie-

sen darauf hin, dass der Streik in allen Gliederungen der Partei diskutiert wird und entsprechende Solidaritätsadressen verabschiedet würden. "Das kommt aber bei euch nicht an", erklärte Heike Gebhard.

Konkrete und direkte Hilfe fordern die Streikenden in Bezug auf die Klinik-Leitungen. Diese wollten verhandeln, dürften aber nicht. Finanzminister Helmut Linssen und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers haben die Ampel weiter auf "rot" gestellt. Rainer Schmelzer: "So lange das Diktat des Herrn Linssen steht - das kommt ihm ja rechtlich gar nicht zu - so



Günter Gabrecht, Rainer Schmelzer, Martin Koerbel-Landwehr und Heike Gebhard.

lange werden die Kliniken nicht verhandeln. Sie fürchten nach dem Streik finanzielle Konsequenzen durch den Minister. ... Und so wie ich Herrn Linssen kenne, der hat ja mit sozialer Haushaltsplanung nicht sehr viel an der Mütze, fängt der dann (auch) an zu streichen. ... Und das denke ich, ist einer der Punkte, warum die kaufmännischen Direktoren so handeln ..."

Linssen vor Gericht?

Interessant war der Gedanke und die Frage nach der juristischen Verantwortung für die durch den Streik entstehenden finanziellen Verluste der Kliniken. Ein Kollege: "Hier wird das Geld einfach weg geschmissen. Es muss eine Strafe

gegen Finanzminister Linssen geben. Er muss vor Gericht." Doch das geht - leider - nicht. Politiker können nicht, wie Manager, für Fehlplanungen und Geldverschwendung vor Gericht gestellt werden.

Wir erwarten die volle und für alle sichtbare Unterstützung der Landtags-SPD für die Aufnahme von Tarifverhandlungen.

Wir erwarten, dass gerade auch die SPD-Ministerpräsidenten sich endlich aktiv für eine Verhandlungslösung stark machen. "Und deswegen:

Nutzt eure Möglichkeiten uns zu unterstützen. Wir wollen nicht auch noch im Sommer, bei der Fußball-Weltmeisterschaft, streiken und uns die Spiele auf der Bühne anschauen", so Martin Koerbel-Landwehr.



Heute: **Strategie I**

Wir planen und entscheiden konkrete Aktionen.

**Jeder ist aufgerufen,
sich an dem Streik,
an der Planung von Aktionen und
deren Durchführung zu beteiligen!**

Heute: **Strategie II**

In Hannover treffen sich Delegierte der Streikleitungen aus Uni-Kliniken und von Landesbehörden. Thema: Wie geht es weiter mit dem Streik?

Strategie III

Die für den Arbeitskampf verantwortlichen Minister haben ihr zweitägiges Treffen beendet. Wir warten auf Ergebnisse.

Strategie IV

Gestern trafen sich in Köln die kaufmännischen Direktoren aller sechs NRW Unikliniken.

Thema des Treffens: Wie bekommen die Unikliniken endlich von der Landesregierung grünes Licht für Tarifverhandlungen mit ver.di. Streikende der Uniklinik Köln waren vor Ort um für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zu demonstrieren.

